

FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

An die
Nürnberger Medien

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg**

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Tel: (0911) 231-5091
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.de

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Nürnberg**

Kaiserstr. 17
90403 Nürnberg
Tel.: (0911) 5873973
Fax: (0911) 5394230
buero@gruene-nbg.de

PRESSEMITTEILUNG

Nürnberg, 16.02.2012

Planfeststellungsbeschluss zur Nordanbindung: Eine Entscheidung gegen den geschützten Bannwald und die betroffenen AnwohnerInnen!

Gestern hat die Regierung von Mittelfranken in einer Pressemitteilung mitgeteilt, dass sie am selben Tag den Bau der Nordanbindung genehmigt hat.

Dazu die Nürnberger Grünen:

„Zwar hat die Regierung die Baugenehmigung an die Bedingung geknüpft, ‚dass vor Baubeginn die durch Löschschäume im Flughafenbereich verursachte Grundwasserbelastung so weit saniert werden muss, dass eine Verschleppung ausgeschlossen ist‘. Doch die vielen gewichtigen Argumente, die gegen den Bau der Nordanbindung sprechen, hat die Regierung hinten angestellt bzw. musste sie hinten anstellen, weil es ihr Chef, die Bayerische Staatsregierung mit Innenminister Herrmann, so wollte“, meint **Christine Seer, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen Stadtratsfraktion.**

„Gegen die Nordanbindung spricht eine Reihe von Dingen, allen voran die Rodung und Zerschneidung von geschütztem Reichswald, die auch durch Ausgleichspflanzungen bei Kalchreuth

und Winkelhaid nicht kompensiert werden kann. Zudem beschönigt die Regierung das Ausmaß und spricht nur von 11 Hektar Wald. Für den Bau der Nordspange müssen aber fast 39 Hektar Wald gerodet werden, wovon 11 Hektar aufgrund der Straße dauerhaft gerodet bleiben“, so Christine Seer.

„Keine Auswirkung auf den Beschluss hat die massive Grundwasserabsenkung von bis zu 22 Metern. Die Folgeschäden für Gebäude und wertvolle Alteichen können noch immer nicht abgeschätzt werden. Dies ist für uns nicht nachvollziehbar“, meint **Ralph Hoffmann, Kreisvorsitzender der Nürnberger Grünen.**

Mit dem Planfeststellungsbeschluss wird den Menschen in Buchenbühl noch mehr Lärm zugemutet. Das ist ein Schlag ins Gesicht der BuchenbühlerInnen.

Nicht zuletzt geht es auch um die Kosten, welche die Regierung mit 58 Millionen Euro beziffert – was nichts weiter ist, als eine grobe Schätzung, die vor vielen Jahren erfolgte. Die tatsächlichen Kosten werden leicht 100 Millionen Euro betragen, denn Tunnelbau ist nicht exakt kalkulierbar.

„Insgesamt wird deutlich, dass durch diesen Beschluss auf Mensch und Natur massive Auswirkungen zukommen, und dass das Ignorieren der eingebrachten fachlichen Einwände einen sehr, sehr faden Beigeschmack hat“, so Seer und Hoffmann.

Bei Rückfragen erreichen Sie Christine Seer unter 0179 – 5229695 oder Ralph Hoffmann unter 0171 -7371510.

Mit freundlichen Grüßen

Tessa Kazmeier
Fraktionsgeschäftsführerin